

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

Nr.: 7/05

MBI -Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Nach Gas, Strom, Nahverkehr und Wasser nun auch noch Abwasser bis zu 15 % teurer?

Die MBI lehnen diese Gebührenerhöhung als ungerechtfertigt, unsozial und unökologisch ab! Privatisierungsbedingte Gebührenerhöhungen zur reinen Profitmaximierung sind verboten und sollten nicht hingenommen werden! Die deutsche Wirtschaft krankt bekanntlich massiv an der Binnennachfrage, während der Export boomt wie selten. Steigende Arbeitslosigkeit, Hartz IV und Einkommensminderung auf breiter Front haben die Konsumkraft bereits stark beeinträchtigt. Zusätzlich explodierten seit Herbst letzten Jahres die Gebühren in fast allen Bereichen der Ver- und Entsorgung, so dass allen Bundesbürgern im Laufe dieses Jahres noch riesige Nachzahlungen ins Haus stehen. Ein weiterer Einbruch der Binnennachfrage ist also vorprogrammiert. Hauptprofiteure sind vor allem Monopolisten wie RWE und Eon, die enorme Gewinnsteigerungen verzeichnen.

Für die gewöhnlichen Mülheimer/innen z.B. sieht das in diesem Jahr so aus:

- 18% Gaspreiserhöhung durch die MEDL (49% RWE, 51% Stadt)
- 9% Wasserpreiserhöhung durch RWE Aqua (80% RWE, knapp über 10% Stadt)
- über 5% Erhöhung der Nahverkehrspreise, in Mülheim MVG (93% MEDL, 7% Stadt)
- die Müllfirma MEG (49% Remondis, bis März RWE, 51% Stadt) zahlungsunfähig, Wirtschaftsprüfer hatten 20% Gebührenerhöhung vorgeschlagen
- ca. 5% Strompreiserhöhung durch das RWE, für Nachtspeicherkunden deutlich mehr
- Und nun wurde im Rat einzig gegen die MBI-Stimmen eine Abwassergebührenerhöhung von bis zu 15% ab Juli beschlossen. Neuer Abwasserbetrieb seit Jan. 2005 ist die SEM (25% Stadt und 75% MEDL, damit 37% RWE).

Die MBI empfehlen den Verbrauchern, vorsorglich Widerspruch einzulegen. Die MBI bemängeln weiterhin, dass die deutlich unterschiedliche Erhöhung für Schmutz- und Niederschlagswasser (15,55% bzw. 0,55%) vornehmlich zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsschichten geht, die in Mehrfamilienhäusern zur Miete wohnen. Ökologisch bietet diese Differenzierung ebenfalls keinen Anreiz zur Entsiegelung! Die vorgelegten Begründungen für die Erhöhung sind außerdem weder nachvollziehbar, noch schlüssig. Die MBI werden sie deshalb überprüfen lassen! Der Verdacht, dass die Gebührenerhöhung mit der Privatisierung zusammenhängt, was bekanntlich verboten ist, konnte nicht entkräftet werden!

Nun ist es soweit! Die Jahresabrechnungen des Mülheimer Gasversorgers MEDL sind im Juni an die Hausbesitzer, Vermieter oder Verwalter gegangen. Für den Tarif „Behaglich warm“ z.B. berechnet sie: bis 31.10.04 3,320 Ct/kWh/ 01.11.04 - 31.01.05 3,720 Ct/kWh/ 01.02.05 - 26.04.05 3,920 Ct/kWh. Beim Tarif „Grundsätzlich warm“ geht der Preis z.B. von 3,27 auf 3,67 und dann 3,87 Ct/kWh hoch.

Das sind über 18%-Gaspreiserhöhung!

Weit über 700 Kunden hatten bereits bis Mitte Januar Widerspruch bei der MEDL eingelegt, woraufhin diese eine Veranstaltung in der Stadthalle durchführte, die aber nur wenig zur genaueren Erklärung der Preisexplosion beitrug. Für den einzelnen Gaskunden stellt sich jetzt die Frage, ob er diese Erhöhung akzeptieren will oder nicht und wenn nein, was er/sie unternehmen kann bzw. muss.



*Abzocken und Ausplündern
der Verbraucher: Nun auch noch die
Abwassergebühren*

WEITERER INHALT

- *Bauungsplanorgien: "Wohnen auf Giftmüll?"*S.2
- *MEG: Vertrauensschutz*S.2
- *Neues aus der Altstadt, Weihnachtsmarkt u.v.m.*.....S.3
- *Hände weg vom Rumbachtal: "Eiertänze" beendet* S.3
- *Klirrende soziale Kälte im Sozialausschuss!*S.4

**Man glaubt es kaum:
Bei schrumpfender Bevölkerung immer neue Bebauungspläne!
Jüngste Beispiele für "Schöner Wohnen auf Giftmüll"**

Das ehemals gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen Gagfah (im letzten Sommer für 2,1 Mio Euro an den US-Investor Fortress verkauft), will in der Broicher Mitte und an der Scheffelstr. (ehemals Fa. Ruhrtaler, wo sich seit 5 Jahren trotz Bauschild nichts tut!) nicht mehr bauen. Gleichzeitig soll auf der anderen Seite der Bruchstr. der Bebauungsplan Kuhlenstr./Kreuzstr.(die ehemalige sog. "Sonnen"siedlung) für junge Familien, noch in diesem Jahr baureif gemacht werden, obwohl weite Teile der ehemaligen Ziegelei Rauen hochgradig verseucht sind. Im Planungsausschuss am 26. April wurde - einzig gegen die MBI-Stimme - der Auslegungsbeschluss dennoch gefasst. Wenige hundert Meter weiter gammeln an der Aktienstraße/ Kreuzung Mellinghofer Straße etliche, für Wohnungen gedachte Gebäude des Pleitier s Zorn seit Jahren leer und unfertig vor sich hin.

1996 war der Bebauungsplan Neptunweg/ Mergelstr./Friedhofstr. am massiven Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Hier ein Blick vom Neptunweg auf das zugewachsene Teilstück der Speldorfer Tongrube, das auch mit



Altlasten zu kämpfen hat. Conle bzw. deren Tochter Variabau hatte inzwischen an die Zimmermann KG verkauft, der beste Beziehungen im Mölm'schen Klüngel nachgesagt werden.

Nun sollte im Planungsausschuss am 21. Juni ein erneuter Auslegungsbeschluss gefasst werden zu einem im Vergleich zu 1995 etwas modifiziertem Konzept. Am 2. Juni hatten in der BV 3 noch alle(!) außer den MBI-Vertreterinnen dafür gestimmt. Im Planungsausschuss hatten auf einmal CDU und SPD eine Reihe von Fragen und Bedenken, so dass kein Beschluss gefasst wurde. Die Verwaltung soll eine Neuvorlage irgendwann im Herbst machen!

Was war passiert in den Tagen zwischen den Sitzungen? Die MBI verteilten rund um das Gebiet ein Flugblatt, in dem die Anwohner informiert wurden, vgl. Information der MBI an

die Anwohner von Mergel- und Friedhofstr., Neptun-, Mars- und Venusweg in Speldorf: "50 Wohneinheiten auf dem Grundstück Mergelstr./Neptunweg? Erneuter Versuch!" als pdf-Datei (93 KB) unter <http://www.mbi-mh.de/Neptunweg.pdf>.

Einige Anwohner waren auch zur Ausschusssitzung gekommen, andere hatten sich bei der MBI gemeldet und wieder andere wohl auch bei anderen Parteien. Kurzum: **die Wirkung des MBI-Flugblattes war derart groß, dass ein einfaches Abnicken dieses bedenklichen Bauvorhabens nicht weiter möglich war. Ein kleiner erster Etappensieg.**

MEG – Mülheimer Ent- (und Selbstver-)sorgungsgesellschaft:

Ein Skandal: Vertrauensschutz für ex-OB-Baganz, der das MEG-Desaster anrichtete, und keiner für die Beschäftigten, die es ausbaden müssen!



- ◆ Für die Beschäftigten des ehemaligen Eigenbetriebs Entsorgung, die aufgrund der Überleitungsverträge im festen Glauben zur MEG wechselten, dass sie bis 2010 für jeden Fall der betriebsbedingter Kündigung ein Rückkehrrecht zur Stadt hätten, soll der Vertrauensschutz im nun vorliegenden Ernstfall laut SPD und CDU nicht mehr gelten.
- ◆ Für ex-OB Baganz, der seinen Abgang grob fahrlässig selbst verschuldete und auch von sich aus „kündigte“, soll bzgl. der Abführung der RWE-Aufsichtsratsgelder das damals schon gültige Recht deshalb nicht angewendet werden können, weil die von ihm eingesetzte Amtsleiterin ihm beim Abgang eine falsche Rechtsauskunft gab, womit heute sein nachträglicher „Vertrauensschutz“ begründet sein soll.



Eine derart willkürliche Auslegung des grundgesetzlich garantierten Vertrauensschutzes widerspricht sicherlich dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung, im vorliegenden Fall wird aber auch aufs Größte jedes Gerechtigkeits- sowie Anstandsgefühl verletzt!

In der Ratsitzung am 28. April stellten die MBI sinngemäß folgenden Antrag: Der Rat der Stadt beauftragt die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MEG (Mülheimer Entsorgungsgesellschaft: 51% Stadt/49% jetzt Remondis, davor RWE, davor Trienekens), sich dafür einzusetzen, dass keine weiteren Entlassungen bei den notwendigen Sanierungsmaßnahmen der MEG vorgenommen werden.

Die Abstimmung verlief folgendermaßen: Für den Antrag stimmten 12 Ratsvertreter (MBI, Grüne, WIR) Dagegen stimmte keine/r und es enthielt sich u. E. auch keine/r, als die OB dies ebenfalls abfragte.

Damit ist der Antrag einstimmig so beschlossen. Als die OB noch in der Sitzung darauf aufmerksam gemacht wurde, ließ sie die Abstimmung nicht wiederholen und sagte, sie gehe davon aus, dass der Antrag abgelehnt sei. Für die MBI aber gilt der Beschluss: **Keine weiteren Entlassungen bei der MEG!**

Die Altstadt in den Mittelpunkt! Wenn Politik zu reinen Sandkastenspielen verkommt

Wie der Mölmische Klüngel eine bessere Zukunft des Weihnachtsmarktes verbummelt. Die MBI fordern weiterhin, den Kirchenhügel noch in diesem Jahr in den Weihnachtsmarkt zu integrieren

Im Hauptausschuss stand der MBI-Antrag zur Integration des Kirchenhügels in den Weihnachtsmarkt auf der Tagesordnung. Der Antrag wurde von SPD und CDU von der Tagesordnung gestimmt und in den Ausschuss für Bürgerservice am 29. Aug. (!) verschoben, weil angeblich nicht dringlich. Wie wenig die Parteistrategen dabei die von allen beschworene Aufwertung der Altstadt im Sinn haben, zeigte die spätere Nachfrage, ob die vor vielen Monaten beantragten 4 Adventsmärkte am Kirchenhügel endlich beschieden worden seien: Antwort: das ist immer noch nicht geschehen, weil ja noch erst geklärt werden muss, wie der Weihnachtsmarkt wo sein soll! Man packt sich an den Kopf und fragt sich, was das soll.

Peinlich, peinlich. Die MST will den Rathausmarkt, doch die Marktleute drohen mit Amok. Nun meldete sich auch die CDU mit einem glasklaren Vorschlag: die "Drei-Platz-Lösung", Weihnachtsmarkt vor dem Forum, am Viktoriaplatz und vor Hotel Noy mit Lichterketten dazwischen sowie Highlights in der Altstadt. Noch Fragen? Wenigstens zum Rathausmarkt sagt auch die CDU nun Njet. Der Planungsausschuss wurde extra 1 Stunde vorher bestellt zur Besichtigung des Kirchenhügels, schien den meisten nicht bekannt zu sein! Die Altstadt war geschmückt mit Transparenten, doch keiner verlor darüber ein offenes Wort! Denkmalschützer Bocklenberg erzählte vor der Petrikirche Altbekanntes zur Jobssäule und bei der Trauerhalle zu den Gräbern und dem Friedhof. Was genau aber die Begehung sollte, ist ungeklärt, denn zu den Aussagen der Transparente wie „Altstadt ist kein Parkplatz der Innenstadt“ oder „Nehmt die Bürger mit“ oder „Keine Pavillons an der Petrikirche“ oder „Anwohnerparken ja, LKW-Durchfahrt nein“ wurde nichts gesagt! Danach wurde bei Zenit getagt, die Altstadt war kein Thema!



MBI beglückwünschen die Bürgerinitiative „Rumbachtal“ zum Erfolg! MBI-Akteneinsicht bestätigte: Schadensersatzansprüche gibt es nicht! Hände weg vom Rumbachtal!

Im Umweltausschuss im April waren CDU und FDP deutlich überstimmt worden, woraufhin sich ex-CDU-Fraktionschef Brands zu der kühnen Behauptung verstieg, dies käme einer Enteignung gleich. Peinlich, peinlich ... Im folgenden Rat am 28. April versuchte die CDU mit allen Mitteln zu verhindern, dass endgültig abgestimmt werde über die Aufhebung des Landschaftsschutzes für die zur Durchlüftung der Innenstadt wichtigen Wiese Im Look/Rumbachtal. Also meldete die CDU wieder Beratungsbedarf an. Worüber und wozu eigentlich? Die SPD stimmte der Verschiebung zu, angeblich aus parlamentarischem Brauchtum, dass nämlich bei Beratungsbedarf (was übrigens bei Beratungsbedarf der MBI noch nie interessierte und auch nicht, als die CDU zum allerersten Ruhrbania-Beschluss Beratungsbedarf angemeldet hatte!).

Nach der herben Wahlschlappe wagte die SPD zum Glück nicht mehr, in der nächsten Sitzung wieder umzufallen. Der Schaden für das Stadtklima wäre im doppelten Sinne groß gewesen!

Die Eiertänze um diese wichtige Wiese sind zum Glück vorbei!

Einstimmig hatte der Rat Akteneinsicht für den MBI-Sprecher L. Reinhard in die Grundstückstauschverträge beschlossen zur Frage von Entschädigungsansprüchen, wie sie die CDU in den Raum gestellt hatte. **Die Akteneinsicht zeigte: Im Notarvertrag zum Grundstückstausch für den Bau des Wanderwegs im Rumbachtal sind mündliche Nebenabsprachen ausgeschlossen, Schadensersatzansprüche logischerweise nicht herzuleiten.**

Ein schöner Erfolg der Bürgerinitiative, die nicht beirren ließen und der Allgemeinheit die Wiese retten!



Bei der geplanten überdimensionierten Reitsporthalle Winsterstr./Oemberg am Rande des Wambach-Naturschutzgebietes fiel die SPD aber wieder um. Ihre massiven Bedenken von vor den Landtagswahlen hatten sich 1 Monat später verflüchtigt und sie stimmten mit CDU und FDP dafür!

Im Sozialausschuss am 17. Juni waren folgende MBI-Punkte auf der Tagesordnung:

1. ANFRAGE zu sog. **Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs)**, warum nicht stattdessen in AB-Maßnahmen vermittelt wird, wie das Gesetz es vorrangig will und welche bisher in Mülheim genau angeboten, durchgeführt und geplant sind. Dazu wurde behauptet, den Wohlfahrtsträgern (Diakonie, Caritas, Berufsbildungswerkstatt, PIA usw.) seien ABM mittlerweile zu teuer; zu den Inhalten der 1-Euro-Jobs sei bereits in der Januar-Sitzung alles beantwortet worden. Unabhängig davon, dass es im Jan. noch kaum 1-Euro-Jobs gab, entblödete sich die Verwaltung vor wenigen Tagen nicht, in der Lokalpresse wahre Jubelkaskaden zum Thema 1-Euro-Jobs zu verbreiten.

2. ANFRAGE zur **Kategorisierung von Arbeitslosen durch die Sozialagentur**, ob diese Kategorisierung Einfluß auf Förderhilfen hat und ob die Arbeitslosen über ihre Einordnung informiert werden bzw. ggf. dagegen votieren können. Die Kategorien wurden bestätigt, die Arbeitslosen werden nach 1 bis 4 „vorsortiert“, 1 stehe dem Arbeitsmarkt am besten zur Verfügung, die weiteren hätten zunehmend „Vermittlungshemmnisse“. Die Kategorien 1 bis 3 werden an die Job-Service-GmbH zur Betreuung weitergereicht. Eine wie im Gesetz verlangte individuelle Fördermöglichkeit zusätzlich oder abweichend sei natürlich möglich, sofern der Case-Manager dies anordnet. Bekanntgeworden war, dass die JobService GmbH sehr rigide, sprich sparsam, mit individuellen Förderangeboten bzw. Unterstützung der Arbeitslosen umgeht, gerade mal pauschal ein von ihr selbst angebotenes „Bewerbungstraining“ verordnet. **Hierzu schwieg die Verwaltung sich aber aus.**

3. ANTRAG, Kontakt zu den Nachbarstädten, dem VRR und der Arbeitsagentur bzw. der Sozialagentur aufzunehmen mit dem Ziel, ein vergünstigtes „Jobsucher-Ticket“ – gültig für den **VRR-Bereich - für ca. 20 Euro einzuführen**, da von Arbeitslosen erhöhte Mobilität verlangt wird, im ALG II aber gerade mal 20 Euro hierfür vorgesehen sind. **Von SPD, CDU, FDP abgelehnt bei Enthaltung der Grünen**, obwohl zumindest Grüne und/oder SPD in etlichen anderen Städten den gleichen Antrag gestellt haben (Berlin, Dortmund, Bochum, Duisburg). Kaum zu glauben und ein Schlag ins Gesicht der jobsuchenden ALG II-Almosenempfänger!

Die immer noch unbeantwortete MBI-Anfrage von Jan. zu bisherigen **Vergünstigungen von Sozialhilfeempfängern auch für ALG II-Empfänger** konnte bzw. wollte immer noch nicht beantwortet werden. Anstatt sich das Theater an der Ruhr zum Vorbild zu nehmen, verweigert die Optionsstadt Mülheim die Auskunft. Unglaublich, dass auch 6 Monate nicht reichen, um Informationen zur Handhabung etwa von Verbilligung in der VHS oder Schwimmbad zusammenzustellen!

In Mülheim scheint nämlich gewollt zu sein, diese Ermäßigungen für die Armen fast ganz zu streichen. Das zeigt das Beispiel der Hundesteuer ganz deutlich, zu der “Sozial”dezernent Cleven im “Sozial”ausschuss auf die wirklich verständliche Frage nach der Anzahl der betroffenen ALG – II – Hundebesitzer nur sagen wollte, das sei Sache des Finanzausschusses. Dieser verwies an den Rat und dort bekam die SPD kalte Füße und lehnte zum Glück ebenfalls ab.

Es läuft einem einen Schauer über den Rücken bei derartiger sozialer Kälte jetzt auch noch im Sozialausschuss! Die Langzeitarbeitslosen mit 345 Euro im Monat sollen also den Mülheimer Millionären gleichgestellt werden, was Gebühren oder Eintrittspreise angeht. Sie werden schikaniert und mit Geldsperre bedroht, wenn sie sich nicht um Jobs kümmern, dafür aber sollen sie endlos mobil sein und dem MWB, Grün&Wald, dem maroden Rennverein oder der Engelbertus GmbH für 1 Euro/Std. per 1-Euro-Zwangsarbeit die Lohnkosten senken.



Zynisch könnte man sagen: ALG II-Empfänger sollten weniger essen, um Geld für Bahn und Bus zur regionweiten Jobsuche zu haben, wenn sie nicht gerade in Altenheim oder Rennverein modernen Frondienst schieben. Dann aber sind sie sehr glücklich (“Eine echte Chance” laut Sozialagentur-Chef Spies in der WAZ vom 11.6.05). Zeit für Kultur, VHS-Kurs oder Gassigehen mit dem Hund hat so ein ALG – II ‘ler sowieso nicht, wenn er artig und eifrig entweder Job sucht oder für 1 Euro Jobs macht oder gar beides zusammen! Die **unabhängige Beratung durch das MALZ** wurde ihm schon gestrichen, damit er nicht noch auf andere Gedanken käme!

Es wird anscheinend versucht, Geld bei den Arbeitslosen zu sparen, damit der Mülheimer Wunsch, jedes Jahr 9 Mio Euro über HARTZ IV zusätzlich „einzunehmen“, auf Deibel komm raus umgesetzt wird. Für dieses Ziel scheinen Verwaltung, Parteien und die gesamte Mülheimer Presse wie gleichgeschaltet ins selbe Horn zu tuten: „*Selig die Arbeitslosen, die in Mülheim wohnen. Die Sozialagentur ist noch nicht ganz das Himmelreich, aber doch ziemlich weit oben im Easy-Tower!*“